

Korrekt, aber politisch falsch

Stadtrat führt Parlament vor

Christina Neuhaus · Rechtlich gesehen ist dem Zürcher Stadtrat nichts vorzuwerfen. Gebundene Ausgaben zur Sicherung der Infrastruktur unterliegen der Kompetenz des Stadtrats. Verweigert das Parlament der Exekutive eine solche Ausgabe, kann sich der Stadtrat an die Bewilligungsbehörde wenden, die dann entscheidet. Auch inhaltlich liegt der Stadtrat richtig. Die von der Quartierbevölkerung und der rot-grünen Gemeinderatsmehrheit gestellten Forderungen nach Verkehrsberuhigungsmassnahmen lassen sich zum grössten Teil wohl nicht realisieren.

Staatspolitisch aber begibt sich der Stadtrat auf Glatteis - und das ist ihm auch schmerzlich bewusst. Nicht umsonst hat er beinahe vier Monate gezögert, bevor er sich zu diesem Schritt entschloss. Denn mit dem Einschalten des Bezirksrats desavouiert der Stadtrat nicht nur das Parlament; das rot-grün dominierte Gremium lässt sich auch auf ein Tauziehen mit den eigenen Leuten ein. Die Bürgerlichen, die - wären sie selbst betroffen - wohl zum Sturmloch angesetzt hätten, lehnen sich deshalb schadenfroh zurück.

Dass das Projekt bei SP, Grünen und Grünliberalen keine Chance hat, war dem Stadtrat seit langem bewusst. Dennoch liess er es auf eine Konfrontation in der Budgetdebatte ankommen. Auch sonst war die Kommunikation ungenügend: Eine Petition aus dem Quartier ist bis heute unbeantwortet geblieben. Statt nun mit grosser Geste das Parlament vorzuführen, hätte die grüne Stadträtin Ruth Genner frühzeitig in den eigenen Reihen Überzeugungsarbeit leisten müssen. Dass der Stadtrat gar nicht erst versuchte, das Projekt mit anderen Möglichkeiten zu retten, nährt den Verdacht, dass es ihm in Wahrheit um etwas ganz anderes geht: Der Gemeinderat, der an Budgetdebatten die Grenzen seines Einflussbereichs gerne vergisst und per Budgetkürzungen missliebige Projekte korrigieren will, soll in den Senkel gestellt werden. Für die politische Diskussionskultur in Zürich verheisst das nichts Gutes.